Rede von Martina Selzer in der Kreistagssitzung am 9.11.26

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum Thema Bürokratieabbau erlauben Sie mir ein paar allgemeine Sätze.

Bürokratie bedeutet Gesetze umzusetzen und ihre Einhaltung zu kontrollieren.

Das ist nicht per se schlecht. Die berühmte Steuererklärung auf dem Bierdeckel wäre zwar einfach, aber sie wäre auch überaus ungerecht, weil sie eben die sehr unterschiedlichen Lebensverhältnisse der Menschen nicht berücksichtigen kann. Es gibt viele weitere gute Beispiele dafür, wie Bürokratie für Ordnung und Gerechtigkeit sorgt und auch dafür, dass Interessen zu ihrem Recht verholfen wird, die keine starke Lobby haben. Zum Beispiel der Umwelt.

Nun sind wir Deutschen Weltmeister in der Schaffung von Gesetzen. Offenbar ist nirgends das Regulierungsbedürfnis so ausgeprägt wie bei uns. Und das hat dazu geführt, dass das gesunde Maß an bürokratischem Aufwand, um unser Leben besser und gerechter zu machen, schon lange überschritten wurde.

Statt nun den Gesetzesdschungel nach unnötigen, unsinnigen und unwirksamen Regelungen zu durchforsten und diese einfach abzuschaffen, werden zum Abbau von Bürokratie neue Gesetze geschaffen, die den Bürokratieabbau regeln… So sind wir Deutschen eben, immer gründlich!

Eines dieser Gesetze besagt, dass Kommunen in einem engen Rahmen ausprobieren sollen, wie sie Verwaltungsabläufe verschlanken können. Und auch das ist natürlich extrem reglementiert. Aber immerhin, hier wird eine gewisse Freiheit gewährt, und da ist es doch wieder gut, dass wir die kommunalen Verbände haben – auch ein Stück Bürokratie, aber von der guten Sorte – die stellvertretend für die Kommunen geprüft haben, wo man Dinge vereinfachen kann.

Unsere Verwaltung hat sich die Vorschläge angeschaut und zwei gefunden, die sie gerne umsetzen möchte.

Zum einen betrifft das die Geltungsdauer von Kreditermächtigungen. Zwar bin ich persönlich beim Thema Kreditermächtigungen sehr empfindlich, doch ist es sicherlich sinnvoll, eine einmal beschlossene Kreditermächtigung so lange gelten zu lassen, bis der Zweck, für den sie beschlossen wurde, auch erreicht ist.

Zum anderen lautet der Vorschlag, die Kontrolle für bestimmte Gewerbe von den einzelnen Städten und Gemeinden auf den Landkreis zu verlagern.

Auch das halten wir für sehr sinnvoll, weil die kleineren kommunalen Verwaltungen genauso wie die großen mit einer Vielzahl unterschiedlicher Vorgänge konfrontiert werden, aber nur in kleinen Stückzahlen, sodass die einzelne Bearbeitung viel zeitraubender ist, als wenn man etwas den ganzen Tag oder doch mehrmals in der Woche erledigt. Es geht schlicht darum, ob sich Routine einstellen kann, die das Arbeiten sehr erleichtert. Und gerade bei den unangenehmen Aufgaben von Verwaltungen ist es meist nicht verkehrt, wenn die zuständige Behörde nicht unmittelbar am Ort angesiedelt ist.

Wir werden daher der Beschlussvorlage des Kreisausschusses zustimmen.

Das Gesetz sieht vor, dass auf die Probephase eine Evaluation erfolgt, d. h. dass dann in den Verwaltungen ausgewertet wird, ob die Änderung tatsächlich was gebracht hat. Was das Land Hessen mit den Erkenntnissen dann macht, ist ungewiss. Wahrscheinlich werden daraus neue Gesetze resultieren.

Wie eine Satire von Loriot wirkt jetzt der Antrag der CDU auf mich. Damit soll aus der Kolonne der Abläufe ausgeschert und quasi rechts überholt werden, damit unser Landkreis der erste ist, der möglichst viele

Vereinfachungen nutzen kann. Die Zielsetzung ist ja nicht verkehrt, aber sie würde mit einem erheblichen zusätzlichen bürokratischen Aufwand erkauft werden, und zwar nicht nur in unserer Verwaltung, sondern auch in denen, die da angefragt werden sollen.

Ich stelle mir die große Begeisterung in einem Nachbarkreis vor, wenn eine Anfrage zu den Ergebnissen eines Vereinfachungsvorgangs auf den Tisch flattert, für den vielleicht gerade erst die detaillierte Evaluation für das Land erarbeitet wird, und dann soll man daraus auch noch einen Zwischenbericht für unseren Landkreis ableiten. Wer hat denn bitteschön die Zeit, sich darauf einzulassen??? Von dem zusätzlichen Aufwand für unsere Verwaltung ganz zu schweigen, den detaillierten Anforderungen nachzukommen, die hier in sechs Spiegelstrichen dargestellt sind, das erfordert dann wieder neue epische Schriftstücke.

Es macht aus unserer Sicht viel mehr Sinn, die Testphase abzuwarten, die Ergebnisse dann anzuschauen und zu entscheiden, was davon übernommen wird. Noch sinnvoller wäre es, wenn das Land aufgrund der Ergebnisse zu dem Schluss kommt, dass eine Reihe von Gesetzen und Verwaltungsvorschriften einfach mal wegkann, weil sie überhaupt keinen Mehrwert bringen.

Ich bin gespannt.

Bürokratie soll Willkür verhindern, eine faire und gleichmäßige Behandlung aller Bürger sicherstellen sowie Rechtssicherheit und Planungsschritte ermöglichen.

- ***Regelungsdichte und Bürokratie:*** *Deutschland gilt im europäischen und internationalen Vergleich als stark reguliert ("Gesetzesflut"), insbesondere in Bereichen wie Wirtschafts-, Finanz- und Umweltrecht. [1, 2]*
- ***Rechtsstaatlichkeit:*** *Betrachtet man die Qualität und Verlässlichkeit des Rechtssystems statt nur die reine Anzahl an Paragraphen, landet Deutschland bei weltweiten Vergleichen (wie dem Rule of Law Index des World Justice Projects) regelmäßig in der Spitzengruppe (z. B. Platz 5 weltweit*